

7.12.2004

# Aufdraht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!



## OPEL-KOLLEGEN KÄMPFEN:

### Der Bochumer Weg!

Was auf die Belegschaften zukomme, werde hässlich, sagte ein Manager von General Motors (GM). Dann muss es auch für den Konzern hässlich werden, sagten die Kollegen in Bochum. Und sie gingen in einen sechstägigen Streik, im größten GM-Produktionswerk in Europa. 7.000 Arbeitsplätze von 32.000 sollen vernichtet werden. Doch schon am 1. Streiktag knickten die Manager ein angesichts der Kampfbereitschaft und sprachen nur mehr von Maximalvorstellungen. Solange die Werker vor den Toren standen, bestimmten sie mit über die Produktion. In welchem Maße, das merkten die anderen europäischen Werke, etwa in Amsterdam, als dort nichts mehr ging.

#### Ziel: Wettbewerbsfähigkeit?

Der Bochumer Betriebsrat gab die Losung aus: „Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz!“ Die Kollegen hofften darauf, dass von den anderen Belegschaften Zeichen kommen, dass auch sie den Abbau nicht hinnehmen wollen. Aber die Gewerkschaftsspitzen wollen solche Kämpfe nicht, sonst wäre das Naheliegendste längst geschehen: die Automobilarbeiter in einen gemeinsamen Kampf zu führen. Bei DaimlerChrysler (DC), VW und gerade bei Opel sind 80, 90 Prozent in der IG Metall organisiert. Jeder Betrieb für sich eine „Bastion der Gewerkschaft“ und doch jeder auf sich gestellt, wenns drauf ankäme. Was blieb,

Fortsetzung auf Seite 2

Mit einem einfachen „Basta“ unterbindet der Kanzler politische Diskussionen - mit einem ebenso einfachen „Basta“ sollten wir in unsere Kämpfe ziehen. Für eine Zukunft ohne Ausbeutung und Kapital.

## CSU-PARTEITAG:

### Das deutsche Volk - eine Schicksalsgemeinschaft?!

Die CSU hatte Parteitag. Herr Stoiber ist nicht mehr und noch nicht wieder Kanzlerkandidat. Die nächste Bundestagswahl ist zwar erst in 2 Jahren, doch der Kampf um den Kanzlerkandidaten der Unionsparteien ist längst entbrannt. Da gilt es sich zu profilieren. Und so schwingt sich die CSU auf die Spit-

ze der rassistischen Welle, die derzeit durch Medien und Politik geht gegen islamische Einwanderer.

#### Schicksalsgemeinschaft - gegen wen?

Das deutsche Volk sei eine „Schicksalsgemeinschaft“ erklärte Stoiber auf dem

Parteitag. Gegenüber wem? Offensichtlich gegenüber den Einwanderern. Denn Stoiber bringt seine „Schicksalsgemeinschaft“ im Zusammenhang mit der Forderung, „Zuwanderer“, die hier leben wollen, hätten eine „Bringschuld“. Das bedeute neben „der Beherrschung der

Fortsetzung auf Seite 4

Siemens auf Expansionskurs - Arbeiter schauen in die Röhre ... 3

So verdienen die Kapitalisten am Lehrstellenabbau ..... 6

Deutsche Interessen im Sudan - der Kampf um Öl ..... 7

Fortsetzung von Seite 1

OPHEL-KOLLEGEN KÄMPFEN:

## Der Bochumer Weg!

war ein Aktionstag, an dem sich 50.000 GM-Werker europaweit beteiligten.

Selbstverständlich war das Rückgrat des Streiks die IG Metall! Es waren die Vertrauensleute, die ihn organisierten. Und es war dann der IG Metall-Vorsitzende Peters, der die Kollegen auf den „bewährten Weg der Verhandlung“ runterholte von ihrer relativ mächtigen Position am Werkstor. Die perfide Frage „Bist Du für Verhandlung“ (viele Opelkollegen bezeichneten das als Skandal) wurde von 60 Prozent bejaht. Nun wird ohne Druck, ohne Streik hinter verschlossenen Türen verhandelt mit dem Ziel, die „Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten“.

### Lohnverzicht für was?

Dieses Ziel vor Augen, hat der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Franz schon Opferangebote gemacht. (Er ist bekannt als Betriebsratsfürst, der den Streik der Kollegen im Osten 2002 öffentlich verurteilte.) Für den Abbau der automobiltypischen Zulagen und einige Nullrunden werden Zusagen zur Beschäftigungssicherung verlangt. Wer steht aber dafür gerade, dass keiner entlassen wird? Da verzichten die Kollegen jetzt auf Lohn und können schon auf die nächste Erpressung warten, wenn die Gier nach Profit die Kapitalisten zwingt, zu verlagern oder zu schließen. Denn was kümmert diese ihr Geschwätz von gestern?

### Sind die Arbeiter machtlos gegen Erpressung?

Die Macht der Unternehmer beruht darauf, dass die Belegschaften untereinander in Konkurrenz stehen. Diese aufzuheben, muss immer die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaft sein. Der Streik bei DC wurde abgebrochen, statt ihn zu nutzen für den Zusammenschluss der Automobilkol-

legen. Und schon wurden die Opelaner überfallen!

Bei einer kampfloren Verhandlungslösung mit Verzicht können die Kollegen nie die Erfahrung machen, was passiert, wenn sie antworten: NEIN! Mit uns nicht!

Diese Lösungen bewirken nicht nur eine Abwärtsspirale bei den Löhnen, sondern untergraben und schwächen auch die Kampfkraft unserer Gewerkschaften.

Die Bochumer Opelaner hatten es schon angekündigt, wie's geht: Es muss häßlich werden für den Konzern! (Die Kosten des 6-Tage-Streiks wurden übrigens auf 150 Millionen beziffert.)

Die Frage ist, wo soll das hinführen? Verlagerung ist eine unternehmerische Ent-



scheidung. Kampf dagegen muss die Entscheidung der Arbeiter sein. Alle Kämpfe, die den Zusammenschluss der Arbeitenden fördern, können nur zu einem führen, nämlich - und da wird's häßlich für's Kapital - mit Macht die Eigentumsfrage zu stellen!  
*krr*

### Nationalistische Hetze!

Von BILD bis „Stern“ nach dem Motto: Das US-amerikanische Kapital handelt bei Opel nach Wildwest-Manier und das deutsche Kapital ist ein gutes mit zivilisierter Mitbestimmung. Vergessen wir nicht: deutsche Kapitalisten entlassen jeden Tag 2.000 Beschäftigte in Not, Elend und Hartz-Gesetze. DaimlerChrysler, VW, Siemens und andere Großkonzerne dieses Landes sind es, die 40 Stunden ohne Lohnausgleich fordern und durchsetzen.

(aus einem Flugblatt, das an die Bochumer Kollegen von der Metaller-Arbeitslosen-Initiative Frankfurt verteilt wurde)

### Findige Kollegen

Die Bochumer Werksleitung versuchte, Auspuffanlagen mit dem Krankenwagen rauszuschaffen. Beim zweiten „Krankentransport“ wurden die Kollegen stutzig und öffneten das Werkstor nicht mehr.

### Bessere Manager?

Es ist unsinnig, zu glauben, dass nur falsches Management für die Krise bei Opel, VW, Karstadt usw. verantwortlich ist. Die tiefere Ursache liegt im bestehenden Wirtschaftssystem, das auf Profit und Konkurrenz basiert. Wir arbeiten nicht, um Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um die Profitzwänge der einzelnen Unternehmen zu erfüllen.

### Porsche auch!

Der Nobelhobelhersteller kann vor lauter Profit nicht gehen, die Geldschranke bersten. Jetzt haben die Abschlüsse in der Branche Begehrlichkeiten geweckt. Die Arbeitszeit soll verlängert werden. Der BR-Vorsitzende Uwe Hück gibt sich kämpferisch: „Die Zeit der Pampersträger in Deutschland geht zu Ende.“ Er werde nicht zulassen, dass Menschen umsonst arbeiten. Er erwarte harte Verhandlungen, „nichts für Weicheier“. (nach FAZ 24.10.04)

Für Frieden und soziale  
Gerechtigkeit weltweit!



Nein zu Krieg  
und Militarisierung

**FREITAG, 11. FEBRUAR 2005**

**AKTIONSTAG** 17<sup>00</sup> Uhr: Kundgebung  
Bayerstraße – Hauptbahnhof  
gegen die Wirtschafts- und Finanztagung in München

**SAMSTAG, 12. FEBRUAR 2005**

**INTERNATIONALE  
DEMONSTRATION** Auftakt: 12<sup>00</sup>  
Marienplatz  
gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München

SIEMENS AG:

## Auf Expansionskurs - Arbeiter schauen in die Röhre

Rekordgewinn bei Siemens: er stieg im Jahresvergleich von 2,4 auf 3,4 Milliarden €. Satt 40 Prozent stieg der „Gewinn nach Steuern“, der größte Profit in der Siemens-Geschichte.

Mit dem Profit will Siemens weitere Firmen aufkaufen und vor allem in Asien expandieren. Für 2005 rechnet Konzern-Chef Pierer mit einem deutlichen Umsatzplus.

Der diesjährige Gewinn lag allerdings nicht an einem gesteigerten Umsatz, im Gegenteil, der Umsatz stagnierte. Er stieg nur um ein mattes Prozent. Der Gewinn wurde durch größere Ausbeutung erzielt, Lohndumping und längere Arbeitszeit. Jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter erbrachte im Durchschnitt 35 Prozent mehr Wert. Die Folge dieses Antreiberkonzepts war die Vernichtung von 4.000 Arbeitsplätzen allein im vergangenen Geschäftsjahr. Gekündigte Kolleginnen und Kollegen von Siemens-Hofmannstraße demonstrierten vor der Aktionärsversammlung in der Olympiahalle z.B. mit dem Schild: „Mein Arbeitsplatzverlust ist Euer Aktiengewinn.“

Erreicht wurde das z.B. durch Erpressung der Belegschaften. So wurde die Arbeitszeit bei den Handy-Betrieben in Bocholt und Kamp-Lintford von 35 Stunden auf 40 Stunden erhöht, ohne dass die Löhne stiegen. Im Gegenteil, die Löhne wurden noch um 15 Prozent gekürzt. Im Gegenzug wurde von Siemens lediglich zu-



Den Daumen oben: Siemens-Chef von Pierer hat gut lachen; die Bilanz stimmt, und sein Spezl ... (siehe Bild Seite 5 oben)

gesagt, dass der Betrieb für zwei Jahre erhalten bleibt und nicht sofort nach Ungarn verlagert wird. Damit wurde Siemens zum Vorreiter für unbezahlte Mehrarbeit.

Was in der Produktion von Mobiltelefonen jetzt eingespart wird, geht überwiegend für die Bezüge des Siemens-Vorstands drauf. 40 Millionen € muss die Belegschaft abgeben. Die 12 Siemens-Vorstände haben zusammen ein Einkommen

von 33,4 Millionen € im Jahr (8,8 Prozent mehr als im Vorjahr). Davon kassiert der scheidende Konzernboss von Pierer allein 4,64 Millionen € ein. Ein Million mehr als im Jahr davor, wie die „Abendzeitung“ berichtete. Das heißt, 4.000 Leute arbeiten länger für weniger Geld, um die Bezüge des zwölfköpfigen Siemens-Vorstands zu finanzieren.

(aus UZ-Unsere Zeit, Zeitung der DKP)

### Rogowski redet Klartext

„Unternehmen sollen Arbeit schaffen, während die Beschäftigten die soziale Sicherung und das Gesundheitssystem selbst finanzieren,“ forderte BDI-Präsident Michael Rogowski in der Wochenzeitung „Die Zeit“. Die primäre Verantwortung der Unternehmen liege nun einmal nicht in der Sozialfürsorge.

Also soziale Fürsorge, eine Gnade der Unternehmer, sind ihre Beiträge zu den sozialen Sicherungssystemen! Dabei sind sie Lohnbestandteile, nichts anderes. Und ihre Abschaffung bedeutet eine brutale Lohnkürzung. Der Export boomt, die Gewinne der Unternehmer wachsen in den Himmel. Stoppt die Räuber!



OCE POING

### Weihnachtsbrief

Im dem Druckerwerk wurde der Verdienstbescheinigung ein Brief der Betriebsleitung beigelegt. Darin sind „Optimierungsmaßnahmen“ angekündigt. „Hier und da könnte es auch wehtun“, heißt es weiter. Dabei brummt die Fabrik, es werden bis zu 45 Stunden gearbeitet. Ein Kollege: „Das ist Weihnachtsgeld mit Drohung.“

## AufDraht

Herausgeber:  
DKP München und  
Gruppe KAZ München

Verantw. i. Sinne des Pressegesetzes:  
Hans Koller, Lothringer Str. 6,  
81667 München, Telefon 44 8 2 2 7 1  
Druck: Eigendruck im Selbstverlag  
e-Mail: Auf.Draht@gmx.de



Fortsetzung von Seite 1

CSU-PARTEITAG:

### **Das deutsche Volk - eine Schicksalsgemeinschaft?!**

deutschen Sprache auch ein Bekenntnis zu den Grundwerten der deutschen Gesellschaft“. Der CSU-Parteitag beschloss einstimmig einen Antrag, in dem gefordert wird, Einwanderern „die Sozialleistungen zu kürzen, wenn sie sich nicht in die Gesellschaft einfügen.“ Was soll das heißen? Werden Kollegen, die nur gebrochen Deutsch sprechen in Zukunft die Sozialleistungen gekürzt oder Kolleginnen, die ein Kopftuch tragen? Stoiber hält einen „aufgeklärten, selbstbewussten Patriotismus für unverzichtbar für die Zukunft unseres Landes“ und ruft dazu auf, die „christliche Prägung unseres Landes“ zu verteidigen (alle Zitate nach SZ 22.11.04). Wem gegenüber haben die Kolleginnen und Kollegen, die hier nach einem Auskommen suchen, denn eine „Bringeschuld“? Wenn sie einen Job bekommen, dann mehren sie wie alle anderen dort auch z.B. den Reichtum der Eigentümer von BMW oder von Siemens, MAN, Krauss-Maffei usw. Sie zahlen Miete wie wir auch, oft für zu kleine Wohnungen, und mehren so den Reichtum der Immobilienbesitzer. Sie kaufen ein und mehren so den Reichtum der Handelsunternehmen. Sie zahlen Steuern, ihre Sozialversicherungsbeiträge usw. Sitzen sie ohne Job auf der Straße, dann geht es ihnen auch wie uns allen, sie kommen in die gleichen Nöte und sind auf Sozialleistungen angewiesen, um leben zu können.

### **Eine verlogene Kampagne**

Was ist also passiert? Brennen die christlichen Kirchen, hindert irgende-

mand uns, wenn wir denn wollten, in die Kirche zu gehen? Bedroht jemand die „Grundwerte unserer Gesellschaft“, was auch immer die CSU darunter verstehen mag? Das Umgekehrte ist der Fall. Der Mord an dem Regisseur van Gogh wurde ganz offensichtlich von extremen Rechten in den Niederlanden als Vorwand benutzt, Moscheen und andere islamische Einrichtungen in Brand zu setzen. Das bedroht nun tatsächlich die bürgerliche Demokratie. Doch es folgt keine Kampagne, um aufzuklären, wer hinter diesen Brandanschlägen steht. Es wird nicht davor gewarnt, dass es auch hierzulande genügend faschistische Organisationen gibt, die „den Ausländer“ – und auch schon wieder „den Juden“ – als Feind hinstellen. Es wird nicht dazu aufgerufen, sich gegen diese Entwicklung zusammen zu tun, faschistische Organisationen zu verbieten usw.. Es geschieht das Gegenteil. Wir erfahren nichts über die Hintermänner dieser Brandanschläge, es wird nicht vor diesem gefährlichem reaktionären Treiben gewarnt. Sondern es wird seitenlang darüber berichtet, dass die „multikulturelle Gesellschaft“ gescheitert ist, dass die „Zuwanderer“ sich zu wenig in die Gesellschaft integrieren würden. Es wird ihnen vorgeworfen, dass sie die Sprache nicht beherrschten und keiner fragt, welche Verantwortung diese Gesellschaft dafür hat. Sie werden unter Pauschalverdacht gestellt, ihre Frauen zu unterdrücken. Es wird nach dem Motto gehandelt: Selbst schuld, wenn islamische Einrichtungen Ziel von Brandanschlägen werden. Die CSU setzt dem Ganzen noch die Krone auf und treibt die Hetze voran.

### **Die Forderungen der CSU - für wen?**

Wer nun glaubt, die „christliche Prägung“ dieses Landes hätte was mit Nächstenliebe zu tun und danach in dem Leitanspruch der CSU sucht, der sucht vergebens, selbst wenn es nur die Nächstenliebe unter „Deutschen“ sein sollte, was schlimm genug wäre.

### **Runter mit den Sozialleistungen ...**

Da wird das „ausgeprägte Anspruchsdenken“ angeprangert und die „staatliche Rundumversorgung“<sup>1</sup>. Also runter mit den sozialen Leistungen, dafür soll angeblich kein Geld da sein. „Zunächst ist jeder für sich selbst verantwortlich“, sagt die CSU. Die Unternehmer sollen von den Sozialversicherungsbeiträgen entlastet werden, die Arbeiter und Angestellten sollen selbst immer mehr bezahlen. Eine Gesundheitsprämie wird erfunden, die besser Verdienende entlastet, gering Verdienende belastet und insgesamt die Kosten nicht decken wird. Eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit wird gefordert. Da die meisten so und so nicht bis zur Erreichung der Alters-

grenze arbeiten können, wird ein höherer Abzug von 5 Prozent pro Jahr bei vorzeitigem Rentenantritt gefordert - wen interessiert unsere Armut im Alter?

### **... aber Elitebildung ...**

Eine „Elite“ soll herangebildet und Studiengebühren eingeführt werden - es ist klar, dass die Kinder von Arbeiterfamilien, egal welcher Herkunft, damit nicht gemeint sein können.

### **... und Unterstützung der Konzerne**

Doch Geld scheint trotzdem vorhanden zu sein. Denn die CSU fordert u.a. „die deutliche Anhebung der Ausgaben des Bundes für die Forschungsförderung insgesamt“ und „die Verstärkung der Aufwendungen des Bundes für die industriebezogene Forschung und Entwicklung.“ Außerdem soll der Staat sich „die modernste Technik“ anschaffen, um „die Markteinführung neuer Technologien und Produkte“ zu fördern. Dafür braucht München auch den Transrapid. Und selbstverständlich sollen die Unternehmenssteuern gesenkt werden. Die Kosten zur Herstellung neuer Produkte sollen also aus Steuern, die heute schon zum großen Teil nur von den Arbeiter und Angestellten aufgebracht werden, mitfinanziert werden - die Profite bleiben in privater Hand der Kapitalisten.

### **Sozial ist, was Arbeit schafft?**

Die CSU rühmt sich mit der geplanten Einsparung von 11.000 Planstellen in der öffentlichen Verwaltung - aber die Vollbeschäftigung soll erreicht werden. Unter der auch schon Anfang der 30iger Jahre des letzten Jahrhunderts propagierten Losung „Sozial ist, was Arbeit schafft“, sollen die Schutzrechte der Arbeiter abgebaut werden. Der Kündigungsschutz soll weiter ausgehöhlt werden. Bei Neueinstellungen soll die Möglichkeit bestehen, gegen „Abfindung auf den Kündigungsschutz zu verzichten“. Jeder weiß, wie erpressbar wir sind, wenn wir monatelang eine Arbeitsstelle gesucht haben und das Geld zum Leben längst zu knapp geworden ist! Der allgemeine Kündigungsschutz soll erst in Betrieben ab 20 Beschäftigte „nach verlängerten Wartezeiten“ gelten. Also genau dort, wo die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen so und so schwierig ist - kein Kündigungsschutz!

### **Entmachtung der Gewerkschaften**

Und vor allem fordert der CSU-Leitanspruch die Entmachtung der Gewerkschaften! „Wir wollen betriebliche Bündnisse für Arbeit ohne Zustimmung der Tarifparteien“, steht im CSU-Leitanspruch; „Arbeitgeber und Arbeitnehmern sowie dem Betriebsrat“ sollen „Abweichungen vom Ta-



... Stoiber will mit seiner CSU den weiteren Abbau hart erkämpfter Arbeiterrechte. Egal, wer oder was (siehe Bild links) Kanzlerkandidat der Union wird: Stoppt Stoiber und seine CSU.

rifvertrag ermöglicht“ werden. Die gesetzliche Fortgeltung der Tarifbindung soll entfallen, wenn das Unternehmen aus dem Tarifvertrag aussteigt, Unternehmer sollen Arbeiter im ersten Jahr unter Tarif beschäftigen können usw. Die Herren von der CSU wissen, dass sich die Arbeiter nur wehren können, wenn sie sich im Betrieb und über die Betriebe hinweg zusammenschließen und gemeinsam kämpfen. Einzelnen, auch auf der Ebene des einzelnen Betriebes, sind wir ausquetschbar wie eine Zitrone.

Das also ist es, was Herr Stoiber mit der „Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes“ meint. Wir sollen hinter den Interessen der Kapitalisten her laufen, zur

rechtlosen Masse verkommen und auf Kosten unserer Lebensbedingungen deren Profite und internationale Wettbewerbsfähigkeit steigern – zur Sicherung des Standorts Deutschland. Und damit das auch klappt, soll der Arbeiter mit dem Kapitalisten „die christliche Prägung unseres Landes verteidigen“, statt mit dem Kollegen aus der Türkei oder sonst woher gegen die Kapitalisten und ihre Handlanger von der CSU für unsere Zukunft zu kämpfen. *gr*

<sup>1</sup> Alle folgenden Zitate sind aus dem „Leit-antrag des Parteivorstands an den 69. Parteitag der CSU am 19./20. November 2004 in München“; abrufbar unter: [www.csu.de](http://www.csu.de)

Ehemaliger CDU-Generalsekretär Heiner Geißler:

### **Wutanfall gegen den Kapitalismus**

„In der globalen Wirtschaft herrscht die pure Anarchie. Die Gier zerfrisst den Herrschern ihre Gehirne...

Unter Berufung auf angebliche Gesetze des Marktes reden sie einer anarchischen Wirtschaftsordnung, die über Leichen geht, das Wort. 100 Millionen von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen in Europa und den USA und 3 Milliarden Arme, die zusammen ein geringeres Einkommen haben als die 400 reichsten Familien der Erde, klagen an: die Adepten einer Shareholder-Value-Ökonomie, die keine Werte kennt jenseits von Angebot und Nachfrage, Spekulanten begünstigt und langfristige Investoren behindert. Sie klagen an: die Staatsmänner der westlichen Welt, die sich von den multinationalen Konzernen erpressen und gegeneinander ausspielen lassen. Sie klagen an: ein Meinungskartell von Ökonomieprofessoren und Publizisten, die meinen, die menschliche Gesellschaft müsse funktionieren wie DaimlerChrysler, und die sich beharrlich weigern, anzuerkennen, dass der Markt geordnet werden muss, auch global Regeln einzuhalten sind und Lohndumping die Qualität der Arbeit und der Produkte zerstört.

Die Arbeiter in den Industriestaaten und ihre Gewerkschaften, die angesichts der Massenarbeitslosigkeit mit dem Rücken an der Wand stehen, fühlen sich anonymen Mächten ausgeliefert, die von Menschen beherrscht werden, deren Gier nach Geld ihre Hirne zerfrisst. Die Menschen leben und arbeiten in einer globalisierten Ökonomie, die eine Welt der Anarchie ist ohne Regeln, ohne Gesetze, ohne soziale Übereinkünfte, eine Welt, in der Unternehmen, Großbanken und der ganze „private Sektor“ unreguliert agieren können. Die globalisierte Ökonomie ist auch eine Welt, in der Kriminelle und Drogendealer frei und ungebunden arbeiten und Terroristen Teilhaber an einer gigantischen Finanzindustrie sind und so ihre mörderischen Anschläge finanzieren...

Die Kommunisten wollten den Konflikt lösen, indem sie das Kapital eliminierten und die Kapitalisten liquidierten. Bekanntlich sind sie daran gescheitert. Heute eliminiert das Kapital die Arbeit...“ („Die Zeit“ Nr. 47, 11.11.2004)

Heiner Geißler bietet als Alternative eine internationale sozial-ökologische Marktwirtschaft mit geordnetem Wettbewerb an. Sein Pech: die Kapitalisten haben null Interesse daran. Für sie läuft es ja gut. Und außerdem müssen sie Profit machen, bei Strafe des Untergangs, sonst frisst sie die Konkurrenz.

Wir müssen uns doch einen Kopf dazu machen, wie wir die Schmarotzer, die Kapitalisten, loswerden.

### **Schicksalsgemeinschaft - Volksgemeinschaft?**

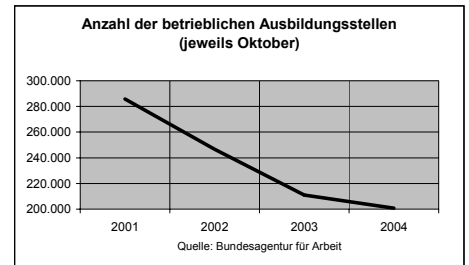
Stoiber umgeht mit seiner „Schicksalsgemeinschaft“ den Begriff, den man auch dafür verwenden kann: Volksgemeinschaft. Denn dem Begriff Volksgemeinschaft haftet ein unangenehmer Beigeschmack aus der Vergangenheit an. Aus „den Deutschen“ eine Volksgemeinschaft zu schmieden war das erklärte Ziel der Faschisten im Dritten Reich. Die großen Konzerne und Banken wollten damals, um es mit modernen Worten auszudrücken „ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit“ stärken. Da ihnen das mit ökonomischen und politischen Mitteln nicht gelang, sollte auf Kosten aller Werktätigen für den Krieg gerüstet und die ganze Gesellschaft für den Krieg vorbereitet werden. Und so rüsteten die Faschisten ideologisch auf. Es sollte keine Rolle mehr spielen ob Kapitalist oder Arbeiter, arm oder reich, Hauptsache deutsch, „arisch“ und damit besser als der Rest der Welt. Damit das der Arbeiter, der immer stärker von den Kapitalisten ausgebeutet worden ist und der Arme, der weiterhin arm war, weil eine winzige Klasse immer reicher wurde, auch so sahen, schufen die Faschisten einen Feind, der „die Deutschen“ angeblich bedrohte: den Juden. Gemeint war der Nachbar, der jüdischer Religion oder Herkunft war, genauso wie das angeblich „verjudete Ausland“. Die Arbeiter und alle demokratischen Menschen hatten es damals nicht geschafft, den Faschismus zu verhindern. Viele hatten nicht erkannt, was da drohte, viele wollten nicht zusammen mit den Kommunisten den Kampf dagegen führen. Einige, viel zu viele gab es, die meinten, da wäre schon was Wahres dran. Und so wurde die angebliche Volksgemeinschaft der Deutschen zum verheerenden Schicksal für Millionen von Menschen in Europa und nicht nur dort: für die Deutschen jüdischen Herkunft im Deutschen Reich, und schließlich europaweit, die immer mehr ausgegrenzt, schikaniert, entrechtet, gejagt und schließlich ermordet worden sind; für die Völker, die barbarisch überfallen worden waren. Und sie wurde auch zum Schicksal des deutschen Volkes selbst, das entrechtet und geknebelt für Flick, Krupp, Deutsche Bank und Vaterland in den Krieg gegen die anderen Völker geschickt worden ist. *gr*

## **Auf Draht - Quiz**

**Von wem ist das: „In Berlin herrscht eine Große Koalition, die die Republik mit einem Metzgerladen wechselt, in dem so tief ins soziale Fleisch geschnitten wird, dass das Blut nur so spritzt....“?**

- A) Jürgen Peters, IGM-Vorsitzender
- B) Gregor Gysi, PDS
- C) Kardinal Karl Lehmann, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz
- D) Heiner Geißler, Ex-CDU-Generalsekretär

Auflösung Seite 7



Er sucht keinen Ausbildungsplatz mehr und gehört damit zu einer Minderheit Jugendlicher, die eine Ausbildung absolvieren können. Was die Versprechen der Unternehmer wert sind, zeigt obiges Schaubild. Trotz „Ausbildungspakt“ wurde das Angebot an Lehrstellen in Deutschland kontinuierlich zurückgefahren - um fast 30 Prozent seit Oktober 2001. Die Forderung der Arbeiterjugend „Wer nicht ausbildet - soll zahlen!“ ist aktueller denn je.

## ZUR LEHRSTELLENKATASTROPHE

# So verdienen die Kapitalisten am Lehrstellenabbau.

Bis zum September hatten sich in Bayern 100.350 Jugendliche um eine Lehrstelle beworben. Die Kapitalisten boten aber nur 79.339 an. Im Jahr zuvor lag ihr Angebot noch bei 87.649.

Somit wurden allein in Bayern 8.310 Lehrstellen abgebaut. Insgesamt gehen also 21.011 Lehrstellenbewerber leer aus.

Damit aber noch nicht genug. So erklärte Stoiber im Oktober dem staunenden Volk, dass „nur“ 5.013 Jugendliche

keine Lehrstelle erhalten haben. Hoppla, fragt man sich, wo ist denn der „Rest“ von den 21.011 jungen Menschen geblieben? Kann Stoiber zaubern oder nicht rechnen?

Beides stimmt: Er beherrscht eine Reihe Tricks, so wie jeder Zauberer. Und er kann nicht rechnen, weil er Äpfel von Birnen abzieht.

Die „restlichen“ 15.998 Bewerber sind nämlich in einer sogenannten „Maßnahme“ verschwunden. Eine Maßnahme ist nämlich eine Art Zaubertrick und das funktioniert so:

1. Die 15.998 Bewerber werden „zugewiesen“. Damit fallen sie aus der Statistik der Lehrstellensuchenden.

2. Ein Drittel von ihnen verschwindet erstmal an einer Berufsschule. Dort werden sie, je nach Laune der jeweiligen Schulleiter mal gut, mal schlecht unterrichtet.

3. Ein Drittel kommt zu so genannten Maßnahmeträgern. Das sind solche Einrichtungen wie das BFZ (Berufsförderungszentrum) der bayerischen Arbeitgeberverbände. Diese verdienen sich eine goldene Nase bei ihren Maßnahmen. Sie bestehen nämlich darin, dass sie Geld vom Arbeitsamt (feiner: Arbeitsagentur) erhalten. Sage und schreibe 6,5 Milliarden gibt

diese Behörde von unseren Einzahlungen dafür aus. Die Verteilung erfolgt zentral von Nürnberg. Dort hat z.B. das BFZ einen ganzen Stab von Werbern sitzen, die nichts anderes zu tun haben, als dieses Geld in die Taschen der bayerischen Arbeitgeberverbände zu leiten. Die Beschäftigten des BFZ werden miserabel bezahlt, haben meist Zeitverträge oder arbeiten auf Honorarbasis.

4. Das letzte Drittel macht ein Betriebspraktikum. Das geht so: Ein Betrieb nimmt einen Jugendlichen, lässt ihn bei sich arbeiten und zahlt keinen Pfennig dafür. Das Arbeitsamt zahlt dem Jugendlichen monatlich 250,- €. Das geht ein Jahr lang. Danach entscheidet der Betrieb, ob er dem Jugendlichen eine Lehrstelle gibt. Das Jahr Praktikum wird aber nicht auf die Lehrzeit angerechnet. Die Kapitalisten wissen schon, warum. Weil sie in dieser Zeit nicht ausbilden, sondern ausbeuten wollen. Die alten Berufspraktikanten entlässt man nach einem Jahr und dann geht das Spielchen mit neuen Bewerbern wieder von vorne los.

Das Ganze nennt sich dann Ausbildungspakt und wird bundesweit betrieben. Das Gesetz: „Wer nicht ausbildet, soll zahlen“ wurde damit ausgehebelt und uns das Ganze als „Anstrengungen der Wirtschaft“ um Ausbildungsplätze verkauft.

So schaffen es die Kapitalisten aus der Not tausender Jugendlicher Profit zu ziehen.

Scheiß Kapitalismus.

H.M.

### Lesetipp

# KAZ

**Kommunistische  
Arbeiterzeitung Nr.309**

September 2004 1 Euro

Verzicht der Arbeiter rettet  
keinen Arbeitsplatz

Die Position des deutschen  
Imperialismus im Irak-Krieg

www.kaz-online.de

erscheint vierteljährlich  
Einzelheft Euro 1,00  
Jahresabo Euro 7,70

Tel/Fax: 0911-356913  
e-mail: gruppeKAZ@aol.com

Redaktion der  
Kommunistischen  
Arbeiterzeitung  
Reichstraße 8  
90408 Nürnberg

## Über die Grenzen

### Niederlande

Im Rahmen von bereits seit 5 Wochen andauernden Aktionen der holländischen Gewerkschaften gegen den geplanten Abbau von Sozialleistungen seitens der Regierung, streikten Ende Oktober die Metallarbeiter. In mehr als 150 Betrieben standen die Bänder still. Die Gewerkschaften wollen so lange streiken, bis die Regierung ihre Vorhaben einstellt. So sind u.a. weitere Arbeitsniederlegungen im Baugewerbe und im Gesundheitswesen geplant. (SZ vom 28. Oktober 2004)

### Südkorea

40.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes streikten gegen Einschränkungen des Streikrechts. (SZ vom 16. November 2004)

### Italien

Ende November führten die drei Gewerkschaftsverbände in Italien einen Generalstreik durch. In den Fabriken standen die Maschinen still, einen halben Tag lang fuhr keine Züge, konnten keine Flugzeuge fliegen. Banken Verwaltungen, Postämter - geschlossen. Konkreter Anlass war die beschlossene Steuerreform der Berlusconi-Regierung, die Erleichterungen für Steuerbetrüger und eine Senkung der Steuern für Unternehmen vorsieht. Gezahlt werden soll das Ganze u.a. durch einen Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst. Nach Gewerkschaftsangaben waren im ganzen Land Millionen Menschen auf der Straße. (SZ vom 1. Dezember 2004)

## AUCH DEUTSCHLAND MISCHT MIT:

# Kampf um Sudan - Kampf um Afrika - Kampf um Öl

Seit Monaten lesen wir dramatische Berichte über das Elend von Mord, Hunger und Vertreibung in der sudanesischen Provinz Darfur. Während die Regierung des Sudans verharmlosend von „Sicherheitsproblemen“ spricht, redet die UN von „schlimmster humanitärer Krise der Welt“ und die US-Regierung bereits von „Völkermord“. Die westliche Welt, d.h. vor allem die USA, Deutschland, Frankreich und Grossbritannien, sieht mal wieder einen ethnischen Konflikt und will mit einem Truppeneinsatz die Menschenrechte dort retten, ganz selbstlos natürlich.

Auch Deutschland will sich mit 200 Soldaten beteiligen, was aber die sudanesische Regierung ausdrücklich ablehnt.

Um was es geht? Natürlich mal wieder um Rohstoffe, vor allem Öl, um viel Öl. So viel Öl, dass der Sudan eine „alternative Bezugsquelle zum Mittleren Osten werden könnte (SZ 20.2.04).

Seit 21 Jahren wird deshalb Bürgerkrieg geführt. Die Herren des vorwiegend arabischen Nordens, die auch die Regierung stellen, kämpfen gegen die Rebellen des Südsudans, wo die afrikanischen Stämme der Nuer und Dinka leben, die christlich Glaubens sind oder Naturreligionen anhängen. Dieser Gegensatz ist ein Erbe des Kolonialismus, wo die Grenzen der Staaten Afrikas auf dem Reißbrett bestimmt wurden.

Etwa 4 Millionen Menschen wurden seitdem vertrieben, 1,5 Millionen umgebracht. Meist arabische berittene Milizen vertrieben die Bauern von ihrem Land. Die internationalen Konzerne, die am Öl verdienen, störte das bisher nicht, sie profi-

tierten von den Vertreibungen und den Sicherheitszonen, die um die Fördergebiete gelegt wurden.

Bisher wird das Land noch durch eine Pipeline politisch zusammengehalten. Sie führt vom Süden, wo das Öl gefördert wird, in den Norden nach Khartum und an das Rote Meer (siehe Karte Seite 8).

In Friedensverhandlungen, die Ende Mai stattfanden, wurde die Teilung der Öleinnahmen vereinbart, den Südrebell die Ausrufung eines eigenen Staats nach einer Übergangsfrist zugestanden. Solange aber der Norden die Hand am Öl hahn hat, steht dies nur auf dem Papier.

Inzwischen jedoch haben die südsudanesischen Rebellen einen Vertrag mit der deutschen Firma Thormählen Schweißtechnik vereinbart, die eine Eisenbahn nach Mombasa in Kenia bauen will (nach Südosten). Das Öl soll dann mit Tankzügen nach Kenia gebracht werden. Eine Pipeline soll später folgen. Die ganze ost-

Fortsetzung auf Seite 8

## AufDraht-Quiz

### Auflösung:

**D** ist richtig.

... Wo bleibt der Aufschrei von SPD, CDU und Kirchen gegen ein Wirtschaftssystem, in dem große Konzerne kleine Firmen ... mit Inventar und Menschen aufkaufen, als wären es Sklavenschiffe ..., sie dann zum Zwecke der Marktberreinigung oder Steigerung des Börsenwertes dicht machen und damit die Existenz von Tausenden mitsamt Familien vernichten ... (Die Zeit, 11.11.04)

Das sowieso schon schwere Leben wird durch die Politik des Imperialismus nicht leichter: Flüchtlinge im Sudan sind ... (siehe Bild Seite 8)



Fortsetzung von Seite 7

AUCH DEUTSCHLAND MISCHT MIT:

## Kampf um Sudan - Kampf um Afrika - Kampf um Öl

afrikanische Region soll mit diesen Projekten für westliche Konzerne erschlossen werden.

Jetzt wird klar, warum die deutsche Regierung sich besonders unnachgiebig gegenüber der Regierung Sudans zeigt. Die ebenso große Verantwortung der Rebellen für den Konflikt wird von ihr nicht thematisiert. Die grüne Staatssekretärin Kerstin Müller forderte schon im letzten Dezember eine Militärintervention. Die deutsche Regierung unterstützt praktisch die drohende Aufteilung des Sudans.

Bisher haben sich Russland, Pakistan, Algerien und vor allem China im Sicherheitsrat der UN einem bewaffneten Eingreifen im Sudan widersetzt. China besitzt selbst ausgedehnte Förderrechte im Sudan und steht so den westlichen Ölinteressen im Weg.

Und was hat das mit der Not der Menschen in Darfur zu tun? Auch am Rand von Darfur wurde Öl gefunden, was ein Grund für die dortigen Vertreibungen ist. Und durch Darfur könnte eine weitere Pipeline führen nach Westen in den Tschad, von wo das Öl an den Atlantik geleitet werden soll. Das käme wiederum dem französischen Konzern Total/Fina zupass, der auch große Förderrechte erworben hat.

Die Bundeswehr war bisher in 7 afrikanischen Staaten im Einsatz: in Eritrea, Djibouti, Somalia, Äthiopien, Kongo, Burundi, Ruanda; zur Zeit steht sie am Horn von Afrika. Es sind alles wichtige geostrategische Stellen.

Ob das auch der Bevölkerung dort nutzt? Menschenrechte? Armes Afrika!

Der Kampf ums Öl wird auf dem Rücken der Völker ausgetragen. Statt dass die Rohstoffe dem Lebensstandard, der Bildung und Gesundheit der dort lebenden Menschen zugute kämen, wird der Reichtum ihres Landes ihnen zum Verhängnis.

*gwendolin*



Die Ölfelder sind im Besitz von einheimischen, kanadischen, malayischen, chinesischen, australischen, österreichischen, schwedischen und französischen Unternehmen.

UND DEUTSCHLAND MISCHT AUCH HIER MIT:

## BND-Mann zog die Fäden bei Pogromen in Serbien



... davon genauso betroffen wie serbische Flüchtlinge ...



... und deutsche Schutztruppen sichern die Interessen des deutschen Kapitals.

Das „Heute Journal“ des ZDF und die Zeitung „Junge Welt“ berichteten, dass der Albaner Samedin Xhezairi die gewalttätigen Übergriffe im südlichen Kosovo auf die dortige serbische Bevölkerung bereits Ende Februar vorbereitet habe. Sie berufen sich dabei auf ihnen zugespielte Abhörprotokolle von westlichen Geheimdiensten. Es handelt sich bei Xhezairi um einen bezahlten Informanten des deutschen Geheimdienstes BND. Xhezairi soll darüber hinaus Kontakte zum Terror-Netzwerk Al Qaida unterhalten.

Bei den Angriffen kamen 19 Menschen ums Leben, mehr als 1.000 wurden verletzt. Serbische Einrichtungen und orthodoxe Kirchen wurden abgebrannt.

Bisher hatte die Bundesregierung behauptet, die deutschen KFOR-Soldaten seien von den Pogromen überrascht worden. Das behauptet sie nach wie vor. Wenn es stimmt, hat der BND die Informationen nicht an die Regierung weitergeleitet. Die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ fordert deshalb den Rücktritt des BND-Präsidenten Hanning. Zur UCK-Connection herrscht Schweigen: dass der Hauptorganisator der Morde und Zerstörungen auf der Kontaktliste des BND steht, konnte nicht dementiert werden.

*(aus Junge Welt)*